

Thomas Demmelhuber

Kann ein Putsch demokratisch sein?

Normativer Etikettenschwindel in Ägypten¹

1. Inhaltliche Hinführung und Vorüberlegungen

Die Arabische Republik Ägypten hat seit dem vom Militär erzwungenen Rücktritt von Hosni Mubarak nach weniger als drei Wochen des Massenprotests am 11. Februar 2011 eine komplexe herrschaftspolitische und gesellschaftspolitische Transformation durchlaufen. Zwar ist diese Transformation zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Artikels (November 2013) noch nicht abgeschlossen, dennoch erscheint das Jahr 2011 bereits als kollektiver biographischer Orientierungspunkt für sämtliche Gesellschaftsgruppen des Landes. Währenddessen herrscht(e) in der wissenschaftlichen Einordnung der Ereignisse in den Jahren 2011 und 2012 weitgehende Einigkeit, dass es sich dabei um einen Putsch des ägyptischen Militärs handelte. So übernahm dieses, d.h. der Oberste Rat der Streitkräfte (SCAF – al-Majlis al-A'la li-l-Quwwat al-Musalaħa), sämtliche exekutiven und legislativen Machtkompetenzen, suspendierte die Verfassung und skizzierte unilateral die Wegstrecke hin zu einem Rückzug des Militärs von der Macht; und zwar noch *bevor* der für wenige Tage amtierende Vizepräsident Omar Suleyman am Abend des 11. Februar 2011 den Rücktritt von Präsident Hosni Mubarak verkündete (Kommu-niqué Nr. 2).² Über die Einschätzung aber, wie dieser Putsch normativ zu beurteilen sei, herrschte kein Konsensus, zu widersprüchlich war selbst das Verhalten des Militärs in der Übergangsphase. Allerdings war 2011 unmittelbar keine Debatte über die mögliche demokratische Qualität des Eingreifens durch das Militär greifbar, zu wirkmächtig war hier das Narrativ des revolutionären Umbruchs ›von unten‹, also durch das Volk (›das Volk will den Sturz des Regimes – al-shaab yurid isqat al-nizam‹). Umstrittener stellt

- 1 Der Autor dankt Irene Weipert-Fenner und Holger Albrecht sowie den anonymen Gutachtern für die wertvolle Kommentierung des Manuskripts.
- 2 Holger Albrecht, »Revolution oder Coup d'État? Die Rolle des Militärs in der ägyptischen Politik« in: Holger Albrecht, / Thomas Demmelhuber, (Hg.), *Revolution und Regimewandel in Ägypten*, Baden-Baden 2013, S. 63–86; Holger Albrecht, / Dina Bishara, »Back on Horseback: The Military and Political Transformation in Egypt« in: *Middle East Law and Governance* 3, Nr. 1-2 (2011), S. 13–23. Die ersten Kommuniqués des Militärrats, vgl. in der englischen Übersetzung, »Army communiqués« in: *al-Ahram weekly*, 17.-23. Februar 2011 [Zugriff: <http://weekly.ahram.org.eg/>]. Alle anderen Kommuniqués einsehbar über die Facebook-Gruppe der ägyptischen Streitkräfte (ab 16. Februar 2011), vgl. <https://www.facebook.com/Egyptian.Armed.Forces>; für den Zeitpunkt des 2. Kommuniqués, vgl. »Egypt Army to Guarantee Reforms: Communiqué Number 2« in: *Ahram online*, 11. Februar 2011 [Zugriff: <http://english.ahram.org.eg.eg>].

sich die Lage für den Betrachter³ bei der wiederholten Intervention des Militärs am 3. Juli 2013 dar. Hier mündete die Intervention in der Absetzung des aus freien und fairen Wahlen im Mai/Juni 2012 hervorgegangenen Staatspräsidenten Mursi. In der Einschätzung der Ereignisse wurde das mediale Narrativ des zweiten Militärvolts – vor allem außerhalb Ägyptens⁴ – vom innenpolitischen Narrativ herausgefordert, dass das Militär auf die Massenproteste gegen den zunehmend autoritär-klientelistisch regierenden Präsidenten Mursi reagierte und zum Wohle des ägyptischen Volkes den eigentlich schon 2011 eingesetzten Demokratisierungsprozess erst wieder ermöglichte.⁵ Hier deckt sich die Selbstzuschreibung des Militärs mit weiten Teilen der gesellschaftlichen Wahrnehmung, d.h. mit den Gruppierungen, welche den Rücktritt von Mursi forderten. Aber, die Frage bleibt, gibt es überhaupt einen demokratischen Militärvolt?

Militärvolts haben mit der Etablierung und Verbreitung des Staates als Ordnungskategorie der internationalen Politik und normativen Rahmen der politischen Organisation von Herrschaft eine negative Konnotation. Das ist nicht überraschend, denn Putsch oder Putschversuche stehen für einen plötzlichen Eingriff in die Politik, einen in der Regel gewaltsamen Umsturz der Regierung unter Umgehung des bestehenden Institutionenengesetzes, mit dem Ziel der zumindest temporären Erlangung der gesamten Staatsgewalt und/oder der mittel- bis langfristigen Beeinflussung dieser Gewalt.⁶ Sie zielen also darauf ab – unabhängig ob vorliegende autoritäre Herrschaft oder Regime in der Transformation – das Institutionenengesetz der gegebenen politischen Ordnung selbst zu überwinden und heben damit die institutionellen Sicherheitsvorkehrungen (z.B. zivile Kontrolle über das Militär) dieser Ordnung selbst aus. In der Regel zielt die Intervention des Militärs weniger darauf ab, einen strukturellen Regimewechsel in Richtung einer demokratischen Transition zu erreichen, sondern vielmehr durch den Zugriff auf die Staatsgewalt eigenen kurz-, mittel- bis langfristigen politischen und ökonomischen Partikularinteressen unter dem Mantel variierender, zumeist demokratischer Legitimationsver-

3 Generische Maskulina schließen in diesem Beitrag stets auch Frauen mit ein. Für einen besseren Lesefluss wird auf eine Nennung verzichtet.

4 Unter anderem Titelschlagzeilen: »Ein Putsch« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. Juli 2013 [Zugriff: <http://www.faz.net/>]; »Ägyptens Krise. Der Putsch, ein Todesstoß für die Demokratie« in: *Die Welt*, 21. August 2013 [Zugriff: <http://www.welt.de/>]; »Reaktion auf Putsch in Ägypten. Demokratische Doppelmoral« in: *Süddeutsche Zeitung*, 5. Juli 2013 [Zugriff: <http://www.sueddeutsche.de/>]; »Putsch in Ägypten: Erdogan macht Israel verantwortlich« in: *taz.die tageszeitung*, 21. August 2013 [Zugriff: <http://taz.de/>].

5 Siehe hier Titelschlagzeilen vor allem aus der US-amerikanischen und ägyptischen Presse: »Kerry Lauds Egypt Military for Restoring Democracy« in: *The Wall Street Journal*, 1. August 2013 [Zugriff: <http://europe.wsj.com/home-page>]; »A lesson in true democracy: Though Western pundits couldn't seem to understand it, what Egyptians did on 30 June was an object lesson in democratic practice« in: *al-Ahram weekly*, 7. September 2013 [Zugriff: <http://weekly.ahram.org.eg/>].

6 Für eine Kategorienbildung dieses Einflusses vom ›Moderator‹ über den ›Wächter‹ hin zum ›Herrscher‹, vgl. Eric A. Nordlinger, *Soldiers in Politics. Military Coups and Government*, Englewood Cliffs 1977, S. 21-29.

suche Rechnung zu tragen.⁷ Demzufolge ist es nicht überraschend, dass ein Putsch per definitionem ein undemokratischer Mechanismus ist und zwar unabhängig des jeweils vorliegenden herrschaftspolitischen Rahmens sowie der Perspektive. Darauf rekurriert auch das normative Grundverständnis von konsolidierten Demokratien (z.B. USA und Europäische Union) oder zumindest ihr normativer Anspruch, keine finanzielle Unterstützung an Regime zu leisten, die selbst durch den Sturz einer *gewählten* Regierung die Macht übernommen haben.⁸ Und trotzdem, so Ozan O. Varol, sei diese Sicht auf Militärputsche verengt, denn es gäbe auch Ausnahmen von der Regel, nämlich Militärputsche, welche durch ihren herbeigeführten strukturellen Regimewechsel auch jenseits von rhetorischen Bekundungen einen tatsächlichen Pfad der Demokratisierung ermöglichen und mit diesem ›window of opportunity‹ für demokratische Kräfte ihren grundsätzlich undemokratischen Charakter durch den gewaltsamen Sturz eines Regimes wieder auszugleichen vermögen würden.⁹ Varol führt für diese Kategorie den Ansatz des demokratischen Militärputsches (›democratic coup d'état‹) ausgehend von einer knappen Literaturschau¹⁰ ein und definiert diesen anhand von sieben Indikatoren. Er überprüft seinen Ansatz (Varol spricht selbst vom Konzept zum demokratischen Coup)¹¹ anhand von

7 Nordlinger, *Soldiers in Politics*, aaO. (FN 6), S. 7; zum Versuch von Putschisten ihre Intervention zu legitimieren, schreibt Nordlinger (1977) treffend: »The praetorians portray themselves as responsible and patriotic officers, these public-spirited qualities leaving them little choice but to protect the constitution and the nation from the unhappy consequences of continued civilian rule.« (Nordlinger, *Soldiers in Politics*, aaO. (FN 6), S. 19). Nordlinger verweist zudem darauf, dass fast alle Putschisten in seiner Studie von Militärputschen zwischen 1945 und den 1970er Jahren ihre Intention bekräftigten, alsbald die Macht in demokratisch gewählte Hände zu übergeben, sofern sie ihrer Verantwortung für Staat und Nation gerecht geworden sind (Nordlinger, *Soldiers in Politics*, aaO. (FN 6), S. 21).

8 Schwierigkeiten ergeben sich für internationale Akteure aber spätestens, falls die Putschisten eine nicht gewählte Regierung entheben oder das Ziel der Putschisten ein Regime ist, das Thomas Carothers in der ausdifferenzierten Grauzone zwischen Autokratie und Demokratie lokalisiert, dabei von »feckless pluralism« spricht und somit unterschiedliche Wahrnehmungen von der demokratischen Qualität elektoraler Elemente zum Tragen kommen (Thomas Carothers, »The End of the Transition Paradigm« in: *Journal of Democracy* 13, Nr. 1 (2002), S. 5-21). Die US-Regierung verweist dabei auf ein »duly elected head of government«, bleibt aber vage, ob ordnungsgemäß hier zu bedeuten habe, nach der vor Ort geltenden Ordnung gewählt worden zu sein oder ordnungsgemäß hier im Lichte eigener normativer Ansprüche zu verstehen sei (Department of State, *Foreign Operations, and Related Programs Appropriations Act, 2012: Title VII; Sec. 7008*, S. 69-70 [Zugriff: [http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/BILLS-112s1601pcs.pdf](http://www.gpo.gov/fdsys/pkg/BILLS-112s1601pcs/pdf/BILLS-112s1601pcs.pdf)]).

9 Ozan O. Varol, »The Democratic Coup d'État« in: *Harvard International Law Journal* 53, Nr. 2 (2012), S. 292-356 (hier: S. 295).

10 Varol ist zwar zuzustimmen, dass diese negative Konnotation in der Literatur dominiert, er verortet dies aber nicht durch eine Aufarbeitung der wichtigsten Werke und verweist hier lediglich auf einen Datensatz und einen zum Zeitpunkt der Niederschrift seines Beitrags unveröffentlichten Aufsatz (vgl. Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 293-294, Fußnoten 5-9).

11 Sein Ansatz ist dennoch – wie zu zeigen sein wird – deskriptiver Natur und weniger erklärend in Bezug auf *warum* das Militär zu *welchem* Zeitpunkt interveniert, sodass im Folgenden nicht von einem Konzept sondern von einem Ansatz gesprochen wird (der Autor dankt Holger Albrecht für diesen Hinweis).

drei diachron ausgewählten Fallbeispielen bei allerdings stark variierender Aufarbeitung der Forschungsliteratur (Türkei 1960; Portugal 1974; Ägypten 2011),¹² wobei er im Falle Ägyptens selbst von einem noch fortlaufenden Prozess zum Zeitpunkt der Niederschrift seines Artikels 2011 spricht. Dennoch führt er bereits eine starke Indizienlast für einen ›demokratischen Coup‹ an.¹³

Ziel des vorliegenden Beitrags ist eine kritische Reflektion der beiden Interventionen des ägyptischen Militärs durch die analytische Linse des demokratischen Coups nach Varol. Ebenso soll dabei der Ansatz von Varol hinsichtlich seiner Reichweite entlang einiger identifizierter Fallstricke diskutiert werden. Wie stellte sich 2011 und 2013 die Handlungslogik für das ägyptische Militär dar? Waren es Partikularinteressen des Militärs, welche die Generalität zum Bruch mit Mubarak 2011 und zum Bruch mit Mursi zwei Jahre später führten oder wurde das Militär davon geleitet, die staatliche Ordnung¹⁴ zu schützen – jene staatliche Ordnung also, für welche das Militär selbst vor mehr als sechs Dekaden Geburtshelfer war? Ist unter Umständen die lebhafte demokratische Etikettierung des Putsches aus variierender Perspektive nur ein Versuch, für das herrschaftspolitische Vorgehen Legitimation zu generieren und für internationale Akteure eine willkommene Gelegenheit,¹⁵ ihre engen Beziehungen dadurch nicht ›auf Eis legen‹ zu müssen (z.B. müsste jährliche US-Militärhilfe im Falle eines Putsches gestoppt werden¹⁶)?

- 12 Im Falle Ägyptens verwendet Varol neben wenigen qualitativen Erhebungen vor Ort (Kairo) fast ausschließlich ausgewählte Zeitungsartikel, die in erster Linie aus US-amerikanischen Printmedien stammen und u.a. die englischsprachigen Printmedien Ägyptens außen vor lassen. Das mögliche Gegenargument, dass es zum Zeitpunkt der Niederschrift von Varols Beitrag (Mitte/Ende 2011) noch keinen ausdifferenzierten Forschungsstand gegeben hat, greift hier nicht, da bereits ab Frühjahr 2011 die Aufarbeitung in einschlägigen Fachzeitschriften begann (vgl. alleine zum Thema des Putsches und der Rolle des Militärs, Holger Albrecht, / Dina Bishara, »Back on Horseback: The Military and Political Transformation in Egypt« in: *Middle East Law and Governance* 3, Nr. 1-2 (2011), S. 13-23). Im Gegensatz dazu bettet Varol die Fälle Türkei und Portugal umfassender in die Forschungsliteratur ein.
- 13 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 356.
- 14 Staatliche Ordnung verstanden als Quelle politischer Normativität und Grundsatzentscheidung über Art und Weise politischer Existenz innerhalb einer territorialen Geschlossenheit (Staatsform, Symboliken wie Fahne und Verfassungsprinzipien.).
- 15 Vgl. dazu Pressekonferenz mit Außenminister Kerry bei seinem Besuch in Jordanien (17. Juli 2013): »Well, on the issue of a coup, this is obviously an extremely complex and difficult situation. And President Obama has made clear our very deep concern about the decision of the Egyptian armed forces to remove the President from power and suspend the constitution. But the fact is, we need to take the time necessary, because of the complexity of this situation, to evaluate what has taken place, to review all of our requirements under the law, and to make it consistent with our policy objectives as is appropriate with that appropriate interpretation under the law.« [Zugriff: <http://www.state.gov/secretary/remarks/2013/07/212075.htm>].
- 16 »None of the funds appropriated or otherwise made available pursuant to titles III through VI of this Act shall be obligated or expended to finance directly any assistance to the government of any country whose duly elected head of government is deposed by military coup d'état or decree, or a coup d'état or decree that is supported by the military: [...].« (Department of State, *Foreign Operations, and Related Programs Appropriations Act*, aaO. (FN 8), S. 69-70). Im Oktober 2013 kam es indes tatsächlich zu einer teilweisen Blockierung von Geldern, nachdem in

Um einer Beantwortung dieses Fragenkatalogs näher zu kommen, wird in einem ersten Schritt der Ansatz des demokratischen Coups nach Varol skizziert und entlang grund-sätzlicher konzeptioneller Fallstricke diskutiert, um dann im Folgeschritt beide Interventionen des Militärs (2011 und 2013) nach ihrem potentiell demokratiefördernden Charakter zu analysieren und herrschaftspolitisch einzuordnen. In der Erarbeitung der beiden Putsche und nach Darstellung und Diskussion des theoretischen Rahmens bewegt sich der Beitrag entlang von zwei analytischen Ebenen: einerseits auf der Ebene mit der Frage nach der möglichen normativen Etikettierung der Putsche gemäß des Ansatzes von Varol und andererseits – davon losgelöst – auf Ebene der normativen Etikettierung der beiden Militärinterventionen durch die beteiligten Akteure, d.h. hauptsächlich durch das Militär selbst (vor allem 2013 betreffend).

2. *Der demokratische Coup nach Varol*

Varol definiert zunächst einen Militärputsch als gegeben, wenn das Militär oder ein Teil des Militärs seine Zwangsgewalt gegen die Staatsspitze einsetzt, sich dort etabliert und die Staatsgewalt von diesem neuen etablierten Regime ausgeht.¹⁷ Varols Definition eines Putsches setzt dabei voraus, dass das Militär eine aktive, d.h. intervenierende Rolle spielt. Die Ermöglichung eines Regimewechsels, zum Beispiel über eine Verweigerungshaltung des Militärs, sich in einem politischen Konflikt zugunsten des Regimes einzusetzen und gegen Demonstranten vorzugehen, ist dabei nicht Teil obiger Definition eines Putsches nach Varol.

Für die Kategorie eines demokratischen Putsches entwickelt er sieben Kernmerkmale:¹⁸ (1) Der Putsch richtet sich gegen ein autoritäres oder totalitäres Regime. (2) Das Militär antwortet und folgt dem öffentlichen Protest gegen das Regime. (3) Das autoritäre oder totalitäre Regime weigert sich trotz öffentlicher Proteste abzutreten. (4) Der Protagonist seitens der Putschisten ist eine hochangesehene Figur aus dem militärischen Führungsapparat bei gleichzeitig hoher gesellschaftlicher Wertschätzung des Militärs (unter anderem über Wehrpflicht gegeben). (5) Das Militär folgt dem öffentlichen Willen und stürzt das autoritäre oder totalitäre Regime. (6) Das Militär ermöglicht freie und faire Wahlen innerhalb einer kurzen Zeitspanne und definiert zügig ein Wahldatum und wacht als neutraler Akteur darüber. (7) Der Putsch endet mit der demokratischen Wahl von Entscheidungsträgern der Exekutive und Legislative, an welche das Militär unabhängig der Ergebnisse des Urnengangs alle Machtkompetenzen überträgt. Damit ist der strukturelle Regimewechsel – wie ihn Varol als zentrale Etappe für den demokratischen Coup

den Monaten zuvor schon geplante Lieferungen von Rüstungsgütern (u.a. vier F16-Kampfflugzeuge) zurückgehalten wurden (vgl. u.a. »U.S. plans to curb military assistance to Egypt« in: *The Washington Post*, 9. Oktober 2013 [Zugriff: <http://articles.washingtonpost.com>]).

¹⁷ Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 297; deutsche Übersetzung von: »A coup d'état [...] occurs when the military, or a section of the military, turns its coercive power against the apex of the state, establishes itself there, and the rest of the state takes its orders from the new regime.«

¹⁸ Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 297-308.

sieht – vollzogen.¹⁹ Von zentraler Bedeutung scheint für Varol hier zu sein, dass es sich bei dem zu stürzenden Regime um ein nicht-demokratisches Regime handelt, welches über Wahlen überhaupt nicht die Option eines Regimewechsels zulässt, denn ein Putsch »may be democratic only when elections are not a meaningful mechanism for deposing a political leader because that leader is unwilling to relinquish power.«²⁰

Varol belässt es nach diesem Indikatoren-Katalog für einen demokratischen Putsch nicht bei einer versuchten Konzeptualisierung des Sturzes eines autoritären oder totalitären Regimes durch das Militär. Er geht einen Schritt weiter und fragt aus akteurszentrierter Perspektive nach der Handlungslogik des Militärs, unter anderem warum, unter welchen Umständen und bei welchen zu erwartenden Transaktionskosten das Militär bereit sei, »die Seite zu wechseln, Partei für die Forderung der Protestbewegung zu ergreifen und damit zum ›Totengräber‹ des bis dahin alliierten Regimes zu werden. Varol sieht das Verhalten des Militärs als das Ergebnis einer rationalen Güterabwägung an: Höchstes Ziel sei der Erhalt einer weiterhin privilegierten Stellung in Staat und Gesellschaft. Da es für diese Stellung aber ein stabiles Regime braucht, ist das Militär bereit vom bestehenden Regime abzurücken, Partei für die Forderungen aus dem Volk zu ergreifen und gleichzeitig über den Vollzug des Regimesturzes die Machtkompetenz für Art, Weise und Richtung der Veränderung zu sichern, denn »staging a [...] coup will therefore be in the military's interests of preserving continuity and stability, even if those interests are achieved through fundamental change of the governing structure.«²¹ Das Verhalten des Militärs wird also durch seine eigenen politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Partikularinteressen geleitet, was Varol zwar mehrfach als undemokratisch bezeichnet. Dennoch hält er konsequent an der Kategorie des demokratischen Putsches fest, weil zum einen – so Varol lapidar – »some coups are distinctly more democracy-promoting than others because they depose an authoritarian or totalitarian regime and transfer power to democratically elected leaders.«²² Zum anderen fügt er hinzu, dass trotz des demokratischen Putsches, der in freien und fairen Wahlen gipfelt, eine substantielle institutionelle und operative Verwobenheit der neuen politischen Ordnung mit dem Militär bestehen bleibt, und diese Verflechtung Objekt weitergehender Demokratisierungsetappen zu sein hat.²³ Das Militär ist dabei quasi nur ein impliziter Wegbereiter und nicht Akteur einer Demokratisierung, denn die Ausgangsmotivation

19 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 299. Diesem strukturellen Regime-Wechsel durch den demokratischen Coup muss nach Varol aber ein noch umfassenderer Demokratisierungsprozess folgen (Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 322).

20 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 301.

21 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 314.

22 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 299.

23 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 322; An dieser Stelle lässt sich Varol von einer Minimaldefinition von Demokratie, die eng an das elektorale Element geknüpft und an Huntington angelehnt ist, leiten. Einschränkend fügt er hinzu: »The use of Huntington's dichotomous, procedural approach suits the framework in this Article, which draws a distinction between coups that result in free and fair elections and those that do not. Because this Article employs Huntington's definition of democracy, it does not use the term 'democracy' to make a normative judgment on the quality of the democracy that emerges out of a democratic coup.« [Hervorhebung durch TD] (Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 322).

zu intervenieren, leitet sich aus dem Interesse der Gewährleistung von Stabilität, der Verfolgung eigener Interessen und nicht der Demokratieförderung ab.²⁴ Varol deklariert dieses Spannungsverhältnis als einen »Teufelspakt«, in welchem das Militär eine Gegenleistung, quasi eine Revolutionsdividende für sein aktives Eintreten für die Forderungen des Volkes, verlangt und letztlich auch als Hindernis und Hemmnis weitergehender Demokratisierungsschritte wirken kann.²⁵

Aber welche Rolle spielt bei Varol die Ausprägung politischer Herrschaft und vor allem die Beschaffenheit des Regimes? In welchem Verhältnis steht der putschende Akteur (Militär) zum stürzenden Regime? Widersprüchlich bleibt an dieser Stelle *erstens* die Kategorisierung von nicht-demokratischer Herrschaft, da Varol autoritäre und totalitäre Herrschaft in eine Kategorie politischer Herrschaft fasst, was konzeptionelle Probleme aufwirft. So ist in einem totalitären Regime zwar nicht ausgeschlossen, dass über einen Militärputsch ein struktureller Regimewechsel, ja sogar eine demokratische Transition vollzogen wird, aber es liegen im Falle eines totalitären Regimes einige Kernmerkmale des demokratischen Putsches nach Varol überhaupt nicht vor. Das gilt insbesondere für Varols zweites Merkmal, dass das Militär auf öffentlichen Druck und gesellschaftsübergreifenden Massenprotest – er spricht wörtlich übersetzt von Volksaufstand – reagiert.²⁶ Diesen öffentlichen Druck in Form von Protest kann es in einem totalitären Regime – nach der klassischen Definition von Friedrich und Brzezinski von 1956 – unter anderem aufgrund einer totalen Kontrolle der Gesellschaft durch den Staat (»a system of terroristic police control«), eines Vorhandenseins einer massenmobilisierenden Ideologie (»official body of doctrine«), einer hierarchischen Massenpartei, dem Nachrichtenmonopol und der umfassenden Kontrolle von Massenkommunikationsmittel durch das Regime überhaupt nicht geben.²⁷ *Zweitens* ist die Grundvoraussetzung von Varol, dass ein demokratischer Putsch nur in einem nicht-demokratischen Regime möglich sei, in welchem Wahlen zur herrschaftspolitischen Veränderung kein mögliches Mittel sind, ebenso problematisch. Er schreibt: »Elections are not a meaningful mechanism for deposing a political leader because that leader is unwilling to relinquish power.«²⁸ Was in diesem Kontext ›bedeutsam‹ (engl. *meaningful*) umfasst, bleibt bei Varol vage. Das wäre aber von entscheidender Bedeutung, gerade bei der Frage nach der Typologisierung von Regimen der Grauzone zwischen Autokratie und Demokratie mit variierenden Defekten (sogenannte ›Adjektivdemokratien‹, z.B. defekte Demokratie)

24 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 314.

25 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 296.

26 »A popular uprising [...] refers to a massive gathering of citizens from many facets of society united by a common political cause – in this context, the overthrow of the authoritarian or totalitarian regime.« (Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 301).

27 Carl J. Friedrich, / Zbigniew K. Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge, MA 1956, S. 9-10.

28 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 301.

oder liberalen Zusätzen (z.B. liberale Autokratie).²⁹ *Drittens* verwendet Varol einen vagen, nicht näher definierten, akteurszentrierten Regimebegriff, der implizit sehr stark auf das unmittelbare politische Machtzentrum abzielt und kaum das komplexe System an formalen und informellen Machtbeziehungen (politische, militärische, ökonomische, ideologische Netzwerke umfassend) zwischen vertikal und horizontal verknüpften Elitengruppen berücksichtigt.³⁰

Viertens kommt bei der Bezeichnung der von Interessen geleiteten Transformations- taktik des Militärs wiederholt zum Tragen, dass Varol implizit von einem dichotomischen Verhältnis von Militär und autoritärem Regime (das es zu stürzen gilt) ausgeht. Ob diese Dichotomisierung – zentralste Vorbedingung für Varols Ansatz – in der tatsächlichen Ausprägung autoritärer Herrschaft greift, bleibt für das hier vorliegende Fall- beispiel zu überprüfen. Gleiches und damit *fünftens*, gilt für die Frage nach der Passgenauigkeit von Varols explizitem minimalistischen Demokratieverständnis, welches er bei seinen Überlegungen zum demokratischen Putsch verwendet. Varol geht von einer Minimaldefinition von Demokratie aus, die eng an das elektorale Element geknüpft und an Huntington angelehnt ist. Er schreibt:

The use of Huntington's dichotomous, procedural approach suits the framework in this Article, which draws a distinction between coups that result in free and fair elections and those that do not. Because this Article employs Huntington's definition of democracy, *it does not use the term 'democracy' to make a normative judgment on the quality of the democracy that emerges out of a democratic coup* [Hervorhebung durch TD].³¹

Bei einer Definition von Demokratie, die derart wenig über die Qualität des erreichten demokratischen Institutionengefuges aussagt, besteht die Gefahr, dass aus analytischer Sicht die Etikettierung eines Coups als demokratisch ein Oxymoron bleibt und wenig normative Aussagekraft über Art und Weise der demokratischen Transformation hat.

In seinem Beitrag liefern ihm vor allem seine beiden Fallstudien Portugal und die Türkei empirisches Material und validieren in der Analyse seine These des demokratischen Coups. Für den vorliegenden Artikel sei nun trotz der allgemeinen konzeptionellen Probleme der Fokus auf das Fallbeispiel Ägypten mit seinen zwei Militärputschen seit 2011 gerichtet und die Frage nach einer möglichen normativen Etikettierung der Mili-

29 Exemplarisch: Wolfgang Merkel, / Hans-Jürgen Puhle, / Aurel Croissant, / Claudia Eicher, / Peter Thiery, *Defekte Demokratien, Bd.1, Theorien und Probleme*, Opladen 2003; Daniel Brumberg, »The Trap of Liberalized Autocracy« in: *Journal of Democracy* 13, Nr. 4 (2002), S. 56–68; Kevin Köhler, / Jana Warkotsch, »Konzeptualisierungsstrategien, Regimetypologien und das Problem des Kontinuums« in: Holger Albrecht, / Rolf Frankenberger, (Hg.), *Autoritarismus Reloaded. Neuere Ansätze und Erkenntnisse der Autokratieforschung*, Baden-Baden 2010, S. 61–77.

30 Vgl. dazu das sehr viel umfassendere Regimeverständnis in der Theorie der sozialen Macht bei Michael Mann, *The Sources of Social Power. Volume 1 – A History of Power from the Beginning to AD 1760*, New York 1986; Michael Mann, *The Sources of Social Power. Volume 2 – The Rise of Classes and Nation-States, 1760–1914*, New York 1993.

31 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 322.

tärinterventionen à la Varol und nach den Gründen für dieselbe Bezeichnung durch die beteiligten Akteure selbst gestellt.

3. Ägypten und das Militär nach Mubarak

3.1. Erster ‚Seitensprung‘ und die Insignien der Macht

In den weniger als drei Wochen des Protests vom 25. Januar bis 11. Februar 2011 wurde das ägyptische Militär zunehmend zum Dreh- und Angelpunkt in Politik und Medien, nachdem der Polizei- und Geheimdienstapparat die öffentliche Ordnung nicht wiederherstellen konnte bzw. nach den ersten Protesttagen aus taktischen Erwägungen des Mubarak-Regimes auch nicht sollte.³² Die zunächst junge und später generationenübergreifende Protestbewegung der ägyptischen Straße sah im Militär unmittelbar einen Partner in ihrer Forderung nach Veränderung und dem Ende der Präsidentschaft Mubarak und reagierte euphorisch auf die Präsenz des Militärs auf den Straßen wenige Tage nach Beginn der Proteste.³³

Der Glaube der Protestierenden an eine neutrale Instanz im ägyptischen Machtgefüge im Vergleich zum diskreditierten Polizei- und Sicherheitsapparat lässt sich bereits zum Zeitpunkt der Proteste bei einem näheren Blick auf die jüngere Geschichte nur ansatzweise begründen. Das Militär war stets die zentrale Quelle der Macht seit Gründung der Republik. Es stürzte die von den Briten installierte Monarchie 1952, stellte mit dem ‚freien Offizier‘ Gamal Abdel Nasser den ersten gewählten Staatspräsidenten (per Referendum) des Landes. Auch die Nachfolger Sadat und Mubarak leiteten große Teile ihrer Legitimation aus militärischen Meriten ab und legten die Grundlage für eine institutionelle Verwobenheit des Militärs mit den politischen Eliten (sogenannte ‚Oktobergeneration‘³⁴). Das Militär war in der sehr ausdifferenzierten ägyptischen Herrschaftselite einer der zentralen Eckpfeiler von Macht und Legitimität, indem es sich als Hüter der republikanischen Prinzipien der Revolution von 1952 sah. Darüber hinaus war das Militär selbstredend auch *immer* Teil der Herrschaftselite mit variierender Macht und Stärke.³⁵

Diese Varianz erklärt sich über einen Veränderungsprozess, welchen das ägyptische Militär in den letzten Jahrzehnten durchlaufen hat, der seine Position in der Herrschaftselite neu justierte und etwas Distanz zum *unmittelbaren* Machtzentrum (Präsidentschaft)

- 32 Auf Anweisung des Innenministeriums wurden die Polizei und sämtliche Sicherheitskräfte von den Straßen abgezogen. Gleichzeitig sollte über ‚bezahlte Unruhestifter‘ (arab. balthagiya) ein kontrolliertes Chaos erzeugt werden, um sich selbst als einziger möglicher Garant für Stabilität und Sicherheit im Land zu präsentieren.
- 33 International Crisis Group, »Lost in Transition: The World According to Egypt’s SCAF« in: *Middle East Report*, Nr. 121, 24. April 2012, S. 1.
- 34 Nach dem in der nationalen Geschichtsschreibung des Landes als Sieg gefeierten Oktoberkrieg gegen die israelischen Streitkräfte im Jahre 1973 (auch bekannt unter ‚Yom-Kippur-Krieg‘).
- 35 Thomas Demmelhuber, / Stephan Roll, »Herrschaftssicherung in Ägypten. Zur Rolle von Reformen und Wirtschafts oligarchen« in: Stiftung Wissenschaft und Politik, (Hg.), *SWP-Studie*, S20, Berlin 2007, S. 26.

entstehen ließ. Während in den 1950er und 60er Jahren zu Zeiten Nassers das Militär eine sehr prominente Rolle in der Tagespolitik einnahm, reduzierte sich diese seit den 1970er Jahren mit – unter anderem – immer weniger Ministern aus dem Militär. Insbesondere Mubarak versuchte ab den 1980er Jahren, zivile Elemente im Herrschaftsgefüge zu stärken und mögliche Gefahren für seine Herrschaft zu eliminieren. Im Gegenzug blieben umfassende Privilegien des Militärs bzw. vornehmlich der Generalität und des Offizierskorps unangetastet und das Militär selbst natürlich jeglicher zivilen Kontrolle entzogen (z.B. umfasste das Budgetrecht des Parlaments nicht den Militäretat). Als Ausgleich für die geringere Präsenz in der Tagespolitik, auch einhergehend mit dem Friedensschluss mit Israel (Camp David Abkommen, 1978), förderte und tolerierte das Mubarak-Regime umfassende privatwirtschaftliche Tätigkeiten hoher Militärs neben weiterhin fortlaufender Beförderungen von pensionierten Top-Militärs zu z.B. Gouverneuren und Universitätspräsidenten.³⁶ So ist das ägyptische Militär seit den 1980er Jahren ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sowohl im Immobiliensektor als auch in der Herstellung von Haushaltsgeräten, in der Produktion von subventioniertem Brot oder in der Erschließung neuer Tourismusgebiete am Roten Meer (diese waren zuvor v.a. militärische Sperrgebiete). Schätzungen zufolge trägt die Wirtschaftsleistung des Militärs mit bis zu 20 Prozent zur jährlichen Wirtschaftsleistung des Landes bei.³⁷ Treffend dazu Hicham Bou Nassif: »Privileges such as cheap labor provided by soldiers-turned-workers, tax exemptions, and control over public lands made ›Military, Inc.‹ competitive and its business profitable.«³⁸ Warum kam es nun zu dieser plötzlichen Abwendung vom Mubarak-Regime, einem Regime dem es selbst angehörte?

Das ägyptische Militär wurde *erstens* von der Dynamik des Protests und den zentrifugalen Kräften der Bruchlinien innerhalb der Herrschaftselite überrascht, sodass sich das Militär plötzlich in einer politischen Verantwortung und einem Zwang zur Gestaltung von Tagespolitik wiederfand, für die es keine »Exit-Strategie« hatte. *Zweitens* wurde das Militär von der Maxime geleitet, die eigene Rolle im Staat, also die polit-ökonomischen Privilegien der »Komfortzone«³⁹, zu erhalten. Diese Privilegien setzten *drittens* eine Gewährleistung der öffentlichen Ordnung und ein Mindestmaß an Stabilität voraus, was sich als handlungsleitend für das Militär herausstellte. Dieses Narrativ vom Hüter

36 Hicham Bou Nassif, »Wedded to Mubarak: The Second Careers and Financial Rewards of Egypt's Military Elite, 1981-2011« in: *Middle East Journal* 67, Nr. 4 (2013), S. 509-530.

37 Zu den zivil-militärischen Loyalitätsbeziehungen zwischen der Kernelite und ausscheidenden Top-Militärs inklusive der materiellen Belohnungskategorien, vgl. der herausragende empirische Befund bei: Bou Nassif, »Wedded to Mubarak«, aaO. (FN 36), S. 509-530; Albrecht, »Revolution oder Coup d'État?«, aaO. (FN 2), S. 63-86; Thomas Demmelhuber, »Der Pharaos, das Regime und der Staat: Regime- und Elitenwandel nach Mubarak« in: Holger Albrecht, / Thomas Demmelhuber, (Hg.), *Revolution und Regimewandel in Ägypten*, Baden-Baden 2013, S. 43-61; Demmelhuber, / Roll, »Herrschaftssicherung in Ägypten«, aaO. (FN 35), S. 26; zur Erschließung von militärischem Sperrgebiet in den touristischen Destinationen am Roten Meer inklusive der Profite für Militärs, vgl. Thomas Richter, / Christian Steiner, »Politics, Economics and Tourism Development in Egypt: Insights into Sectoral Transformations of a Neo-Patrimonial Rentier State« in: *Third World Quarterly* 29, Nr. 5 (2008), S. 935-955.

38 Bou Nassif, »Wedded to Mubarak«, aaO. (FN 36), S. 529.

39 Albrecht, / Bishara, »Back on Horseback«, aaO. (FN 2), S. 17.

der Nation und Garant der staatlichen Ordnung ist tief verankert in der Eigenwahrnehmung des Militärs. Für diese quasi staatstragende Verantwortung wären politische Parteien – aus Sicht des Militärs – mit ihren Aushandlungsprozessen und Flügelkämpfen im Gegensatz zum straffen, hierarchischen und homogenen Akteur des Militärs auch gar nicht geeignet.⁴⁰ Deckt sich nun der empirische Befund zum Eingreifen des Militärs mit dem Ansatz von Varol? Varol – auf die Ergebnisoffenheit hinweisend – sieht diese Passgenauigkeit zum Zeitpunkt der Niederschrift seines Beitrags als gegeben an.⁴¹

Eine Überprüfung des Merkmalkatalogs ergibt ein unklares Bild: Die ersten drei Merkmale von Varol erscheinen zunächst unproblematisch. (1) Der Putsch richtete sich gegen das autoritäre Mubarak-Regime. (2) Das Militär handelte im Sinne der Protagonisten des Massenprotests. (3) Das Mubarak-Regime weigerte sich bis kurz vor dem 11. Februar 2011, dem Willen der Protestbewegung nachzukommen und abzutreten.

Bereits der vierte Indikator wirft Fragen auf: Protagonist auf Seiten des Militärs war zunächst der 27-köpfige Oberste Rat der Streitkräfte unter der Führung des ehemaligen Verteidigungsministers Tantawi (unter Mubarak). Ohne Zweifel ist die gesellschaftliche Wahrnehmung des Militärs einerseits als Geburtshelfer der Republik aber auch als Institution über die allgemeine Wehrpflicht sehr positiv. An dieser Stelle ist dennoch die operative Einsatzstrategie des ägyptischen Militärs aufschlussreich, da der Einsatz im Großraum Kairo in erster Linie von Berufssoldaten der Republikanischen Garde (RG) und dieser angeschlossenen Militärpolizei getragen wurde (erkennbar an den Farben der Barets und der Helme).⁴² Weitere Divisionen wurden offenkundig vor allem zur Unterstützung der Durchsetzung der varierenden Ausgangssperre hinzugezogen. Das Argument also, dass qua Wehrpflicht und einer breiten Vernetzung mit allen Teilen der Gesellschaft, das unmittelbare Handeln des Militärs normativ beeinflusst wird, deckt sich hier nicht mit dem tatsächlichen Befund.

Laut Merkmal fünf – nach Varol – folgte das Militär dem öffentlichen Willen und stürzte das autoritäre Mubarak-Regime, um das Land zu schützen und die legitimen Forderungen des Volkes zu unterstützen, denn laut Kommuniqué 1 am Tag vor Mubarak's Rücktritt: Das Militär greift ein, »[i]n recognition of the responsibility of the Armed Forces; out of commitment to protecting the nation and safeguarding its interests and

40 »[A] role it has grown to believe it alone has the experience, maturity and wisdom to play.« (International Crisis Group – ICG, »Lost in Transition«, aaO. (FN 33), S. 16).

41 »The Egyptian military coup of 2011 [...] has the beginnings of a democratic coup.« (Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 4), S. 339).

42 Die Republikanische Garde (geschätzte Größe: 25.000 Mann) gilt als das Elitekorps der ägyptischen Armee. Gegründet noch zu Zeiten Nassers, um staatliche Einrichtungen in der Hauptstadt und den Präsidentenpalast zu schützen, gilt sie im Vergleich zu den anderen Divisionen der ägyptischen Armee als am besten ausgerüstet und trainiert. Ein massiver Bedeutungszuwachs ist ab der Präsidentschaft von Sadat zu verzeichnen (Bou Nassif, »Wedded to Mubarak«, aaO. (FN 36), S. 517). Die Einheit rekrutiert sich nur über Abordnung aus anderen Divisionen nach dem Durchlaufen von zusätzlichem Training (mit Gratifikationen wie höherer Sold, Subventionen und Bonuszahlungen). Die Einheit verfügt daher über keine Wehrdienstleistenden. Die Republikanische Garde untersteht direkt dem Verteidigungsminister und unterhält eine eigene Militärpolizei (erkennbar an der roten Farbe des Barets und der Helme, im Gegensatz zum Blau bei der Republikanischen Garde; zzgl. unterschiedliche Camouflage der Uniformen).

security; out of eagerness to preserve the safety of the homeland and the citizens [...] and in affirmation and support of the legitimate demands of the people [...].«⁴³ Unklar bleibt, wie dieser selbstlose Dienst an der Nation mit dem interessensgeleiteten Tun des Militärs – das Varol selbst als zentral ansieht – in Einklang zu bringen ist. Probleme ergeben sich ferner bei Varols sechstem und siebtem Merkmal. Ermöglichte das Militär freie und faire Wahlen innerhalb einer kurzen Zeitspanne und endete der Putsch mit der demokratischen Wahl von Entscheidungsträgern, an welche das Militär unabhängig des Ergebnisses des Urnengangs alle Machtkompetenzen überträgt? Das Militär, das heißt der Oberste Rat der Streitkräfte, sendete höchst unterschiedliche Signale aus, rückte wiederholt (zumeist unilateral) von anfangs gemachten Ankündigungen ab und verfolgte variierende Reihenfolgen der Wahlen zum Parlament und Präsidentenamt.⁴⁴ Dennoch, das Ergebnis konnte sich formal Mitte 2012 sehen lassen, mit einer Übertragung fast aller exekutiven Machtkompetenzen an den in freien und fairen Wahlen mit etwas mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen gewählten Präsidenten Mursi. Varol schreibt:

The Egyptian coup of 2011, still in progress at the time of this writing, thus far conforms to the attributes of a democratic coup set forth in Part I. [...] Although the transition process is ongoing, the military has transferred legislative authority to the lower house of the Parliament and has promised to transfer executive power to a democratically elected president after presidential elections in May 2012. *If such a power transfer indeed occurs* [Hervorhebung durch TD], the Egyptian military coup will constitute a democratic coup.⁴⁵

Das grundsätzliche Problem in der Kategorisierung des Militärputsches als demokratisch liegt tiefer: Es ergibt sich *erstens* aus einem Regimebegriff, der bei dem Autor – ohne einer näheren Definition – sehr eng auf die politische Elite und Entscheidungsträger um den Präsidenten Mubarak abzielt. Es verkennt die oben für Ägypten dargestellte Realität einer engen Verwobenheit der ägyptischen Herrschaftselite mit dem Militär. Zwar durchlief das Militär hierbei seit Gründung der Republik unterschiedliche Positionen mit unterschiedlichen Machtbeziehungen zur Kernelite, war aber dennoch stets ein *integraler Bestandteil* des ägyptischen Regimes und auch *Teil der Regierung* unter Mubarak. Varols These, dass das Militär im Sinne des Volkes ein autoritäres Regime stürzt, suggeriert indes ein Spannungsverhältnis oder eine Dichotomie von zwei Akteursgruppen, die es de facto nicht gibt, nie gegeben hat und populärwissenschaftlich eher das Bild einer »Palastrevolution«⁴⁶ in Erinnerung ruft als einen vom Volk getragenen Putsch des Militärs, der durch den strukturellen Regimewechsel ein »window of opportunity« für eine Demokratisierung schafft. Varols Prämissen vom strukturellen Regimewechsel verfängt in diesem Punkt nicht, da im vorliegenden Fall das Militär sich über den Putsch bei obiger Definition

43 »Army communiqués« in: *al-Ahram weekly*, 17.-23. Februar 2011 [Zugriff: <http://weekly.ahram.org.eg/>].

44 International Crisis Group – ICG, »Lost in Transition«, aaO. (FN 33), S. 2.

45 Varol, »The Democratic Coup d'État«, aaO. (FN 9), S. 345.

46 Exemplarisch: »Palastrevolution: Mubaraks Macht löst sich auf« in: *Handelsblatt*, 5. Februar 2011 [Zugriff: <http://www.handelsblatt.com>].

selbst weggeputscht hätte. Ganz im Gegenteil – so auch die International Crisis Group: »The military considered the uprising an event (the toppling of the leader), rather than a process – the thorough transformation of a political system.«⁴⁷ Das Militär füllte durch Übernahme sämtlicher exekutiver und legislativer Machtkompetenzen ein herrschaftspolitisches Vakuum, das durch den Teilzusammenbruch des vorherigen autoritären Regimes entstanden ist. Für diesen Schritt konnte es zweifelsohne qua öffentlicher Zustimmung Legitimität generieren, getragen durch den Glauben an eine gesellschaftsübergreifende Revolutionsdividende in Form einer Wohlstandssteigerung, d.h. de facto einer besseren Armutsbekämpfung. Durch die im engeren Sinne frühzeitige Abkehr von der Kernelite um den Präsidenten Mubarak (inklusive seiner Familie und seinem engstem Beraterstab) und im weiteren Sinne durch eine in den jüngeren Jahren veränderte und auch kritischere Rolle des Militärs im Herrschaftsgefüge,⁴⁸ konnte man sich glaubwürdig auf Seiten der Forderungen der Protestierenden stellen und sich als Hüter und Garant der staatlichen Ordnung und der Einheit der Nation darstellen.⁴⁹

Neben dieser grundsätzlichen Regimeproblematik im Ansatz von Varol und den Grenzen der Anwendbarkeit im ägyptischen Fall, steht *zweitens* – zentral für die Frage der normativen Etikettierung eines Putsches – eine Minimaldefinition von Demokratie. Varol geht von einer Minimaldefinition von Demokratie aus, die eng an das elektorale Element geknüpft und an Huntington angelehnt ist.⁵⁰ Bei einer Definition von Demokratie, die derart wenig über die Qualität des erreichten demokratischen Institutionen-gefüges aussagt, bleibt aus analytischer Sicht die Etikettierung eines Coups als demokratisch ein Oxymoron und bietet normativ – wie im ägyptischen Fall 2011 beschrieben – wenig Aussagekraft über Art, Weise und Richtung der politischen Transformation. Vor einer abschließenden Bewertung der beiden Militärputsche und des Ansatzes zum demokratischen Putsch von Varol sei nun noch der Blick auf den zweiten Militärputsch in Ägypten, am 3. Juli 2013, gerichtet.

3.2. Zweiter ›Seitensprung‹ und der Etikettenschwindel

Der zweite Seitenwechsel des Militärs überrascht nur auf den ersten Blick, da es vor allem das Ergebnis eines noch schwachen, mühsam ausgehandelten Institutionen-gefüges war – ganz im Sinne von Nordlingers These vor fast 40 Jahren über den Einfluss historischer

47 International Crisis Group – ICG, »Lost in Transition«, aaO. (FN 33), S. 11.

48 Viele Berichte (darunter auch Botschaftskabel bei *Wikileaks*) deuten darauf hin, dass das Militär den Aufstieg der Wirtschaftselite – private Großunternehmer mit enger Bindung an den Mubarak-Sohn Gamal – mit Argwohn beobachteten und zudem auch einer beschleunigten Privatisierung von Staatsbetrieben skeptisch gegenüber stand. Ebenso stand das Militär den Plänen von Mubarak Senior, seinen Sohn Gamal (Zivilist, keine militärischen Meriten) für die Nachfolge im Präsidentenamt vorzubereiten, kritisch bis ablehnend gegenüber (vgl. dazu auch: International Crisis Group – ICG, »Lost in Transition«, aaO. (FN 33), S. 10-11; S. 22).

49 Vgl. u.a. Thomas Demmelhuber, / Holger Albrecht, »Einleitung« in: Albrecht, / Demmelhuber, *Revolution und Regimewandel in Ägypten*, aaO. (FN 2), S. 11-14.

50 Varol, »The Democratic Coup d’État«, aaO. (FN 9), S. 322.

Präzedenzfälle,⁵¹ denn »[t]he aftermath of military intervention is military intervention«.⁵² Weiter schreibt er: »And then sooner or later – usually sooner – the soldiers regularly return to the center of the political stage by overthrowing the civilian incumbents and taking up the mantle of government once again«.⁵³ In der Tat erfolgte der Putsch über eine Mitteilung, die von der Militärführung im Verteidigungsministerium in den Präsidentenpalast geschickt wurde und Präsident Mursi in Kenntnis setzte, dass er mit sofortiger Wirkung nicht länger Präsident des Landes sei.⁵⁴ Wie kam es zu diesem Bruch mit dem Mursi-Regime und wie ist dieser zu bewerten?

Mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die Präsidentschaft Mursi begann ein mühsamer Aushandlungsprozess mit dem Militär, dessen vorläufiges Ende – sofern es die Datenlage zu diesem intransparenten Gegenstand zulässt – zu einem Status quo führte, der die herausgehobene Stellung des Militärs anerkannte und diese auch in der nun schon wieder suspendierten Verfassung niederschrieb.⁵⁵ Während die Präsidentschaft Mursi sowohl mit der Justiz als auch mit dem Polizeiapparat massivste Kämpfe auszufechten hatte und zur Herstellung der öffentlichen Ordnung Ende 2011 auch wiederholt Hilfe beim Militär anfordern musste, betonte das Militär ab 2012, dass die Gewährleistung des staatlichen Gewaltmonopols und die Kontinuität der staatlichen Ordnung das höchste Gut sei und das Militär eine Erosion dieser staatlichen Ordnung nicht hinnehmen würde.⁵⁶ Währenddessen gelang der Präsidentschaft Mursi diese Gewährleistung der öffentlichen Ordnung immer weniger: Außer Frage steht, dass die Präsidentschaft Mursi nach vielversprechendem Beginn (mit hohen öffentlichen Zustimmungsraten) programmatisch zum Teil vollumfänglich versagte und es nicht geschafft hat, die zentralen Institutionen und politischen Gruppierungen des Landes einzubinden, weil sie zu sehr damit beschäftigt war, eine klientelistische Politik für das eigene politische und religiöse Lager zu formulieren. So konnte die Präsidentschaft Mursi auch nicht eine »sozioökonomische Revolutionsdividende« für breite Gesellschaftssegmente generieren, da die Wirtschaft zunehmend am Boden lag. Vor diesem Hintergrund entstand mit logistischer Unterstützung von Polizei und Militär sowie medialer und finanzieller Unterstützung zahlreicher Wirtschaftseliten die Unterschriftenkampagne »Tamarrod« (arab. Rebellion, Aufstand), welche Ende Juni in wiederholte Massenproteste mündete

51 Hicham Bou Nassif greift diesen Sachverhalt auf, wenn er betont, dass die eigentliche Anomalie in der Geschichte der zivil-militärischen Beziehungen in Ägypten die Präsidentschaft Mubarak war, mit im Vergleich zu Nasser und Sadat keinen (bekannten) Putschversuchen – bis schließlich 2011 mit dem erfolgreichen Putsch, vgl. Bou Nassif, »Wedded to Mubarak«, aaO. (FN 36), S. 510 & Fußnote 3.

52 Nordlinger, *Soldiers in Politics*, aaO. (FN 6), S. 207.

53 Nordlinger, *Soldiers in Politics*, aaO. (FN 6), S. 207.

54 Exemplarisch: »Egyptian Military Ousts President Morsy« in: *The Wall Street Journal*, 4. Juli 2013 [Zugriff: <http://online.wsj.com>].

55 Vgl. dazu: Holger Albrecht, »Egypt's 2012 Constitution. Devil in the Details, Not in Religion« in: United States Institute for Peace (USIP), *Peacebrief* 139, 11. Februar 2013 [Zugriff: <http://www.usip.org>]; Omar Ashour, »Egypt's Draft Constitution: How Democratic Is It?« in: Brookings, *Opinion*, 21. Dezember 2012 [Zugriff: <http://www.brookings.edu>].

56 »Egypt army chief warns of 'state collapse' amid crisis« in: *BBC News*, 29. Januar 2013 [Zugriff: <http://www.bbc.co.uk>].

und den Rücktritt Mursis forderte.⁵⁷ Mursi reagierte auf die zunehmenden offenen Drohungen aus Militärkreisen und den Forderungen nach einer Kompromisslösung mit der Protestbewegung mit dem Versuch, im Offizierskorps selbst nach Verbündeten zu suchen⁵⁸ und verwies wiederholt auf sein in demokratischen Wahlen gewonnenes Mandat.

Am 3. Juli 2013 stürzte das Militär den Präsidenten, setzte diesen fest, inhaftierte zahlreiche hohe Kader aus der Muslimbruderschaft, löste Protestkundgebungen für Mursi gewaltsam auf und verbot auch der Muslimbruderschaft nahestehende Medienkanäle. Höhepunkt dieser Verbotswelle war schließlich das Verbot der Muslimbruderschaft selbst. Fortan lautete das Narrativ – so al-Sisi in seiner Fernsehansprache am 3. Juli 2013 – flankiert vom Papst der koptischen Kirche Tawadros II und dem Großscheich der al-Azhar Ahmed al-Tayeb, dass das Militär zum zweiten Mal dem Ruf des Volkes folgen musste.⁵⁹ Wörtlich, so al-Sisi:

In the name of God, the Most Merciful, the Most Compassionate. Oh great people of Egypt! As the armed forces cannot just turn a deaf ear and a blind eye to the movement and call of the Egyptian people, they have invoked their patriotic, and not political, role. [...] Relying on their insightful vision, the armed forces have realised that the Egyptian people, who are calling on us to come to their support, are not in fact calling on us to assume power. Rather, they have called on us to perform public service and to secure essential protection of the demands of their revolution. Such is the message which the armed forces have received from across Egypt's urban centres, cities, villages. [...] May God protect Egypt and its glorious great people. Peace be upon you.⁶⁰

Die kritische Überprüfung der Intervention des Militärs auf Vorliegen eines demokratischen Putsches fällt kurz aus. Nicht einmal der Urheber des Ansatzes zum demokratischen Putsch sieht am 3. Juli 2013 die Bedingungen für einen demokratischen Putsch gegeben und trotzdem kam es durch die Beteiligten selbst (Militär und Protestbewegung) zu einer lebhaften Kategorisierung des Putsches als demokratisches Eingreifen. Bereits das erste Kernmerkmal *sine qua non*, dass das Militär gegen ein autoritäres/totalitäres Regime (nach Varol) putscht, weil ein Abwählen über Wahlen nicht möglich ist, wirft analytische Schwierigkeiten auf. Mursi wurde *erstens* in freien und fairen Wahlen in den beiden Runden zur Präsidentschaft im Mai und Juni 2012 von etwas mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen gewählt. *Zweitens*, trotz Unzufriedenheit mit seiner Präsidentschaft und autoritär-klientelistischen Zügen seiner Politik, erweckte die Präsident-

57 Vgl. Hintergrundberichte dazu auf Aswat Masriya, »The real force behind Egypt's »revolution of the state« in: *Aswat Masriya*, 10. Oktober 2013 [Zugriff: <http://en.aswatmasriya.com>].

58 Vgl. sehr guter Hintergrundbericht von AP: »Disputes between Morsi, military led to Egypt coup« in: *Associated Press*, 18. Juli 2013 [Zugriff: <http://news.yahoo.com>].

59 Exemplarisch: »Egypt army chief Gen Abdul Fattah al-Sisi statement« in: *BBC News*, 3. Juli 2013 [Zugriff: <http://www.bbc.co.uk>]; »Egypt crisis: Army ousts President Mohammed Morsi« in: *BBC News*, 4. Juli 2013 [Zugriff: <http://www.bbc.co.uk>]; »Egypt's Coptic Pope concerned over risks of attacks« in: *BBC News*, 9. August 2013 [Zugriff: <http://www.bbc.co.uk>].

60 »Egypt army chief Gen Abdul Fattah al-Sisi statement« in: *BBC News*, 3. Juli 2013 [Zugriff: <http://www.bbc.co.uk>].

schaft *nicht* den Eindruck, als wolle sie einen erneuten Wettbewerb um das höchste Amt nach Ablauf der ersten Amtszeit verhindern. Varol selbst schreibt dazu in einem Kommentar auf Opinio Juris: »The Egyptian military ousted a democratically elected president through the use of extra-legal and extra-constitutional means. That is surely a coup d'état under these definitions.«⁶¹

Wenn es sich also nach der Definition von Varol um keinen demokratischen Coup handelt, warum liegt dieser normative Etikettenschwindel auf nationaler (Ägypten) und internationaler Bühne vor? Die zögerliche Haltung auf internationaler Seite ist leicht zu erklären, da die Bezeichnung der Intervention als Militärputsch konkrete politische Implikationen hätte. Nur so ist beispielsweise der lange rhetorische Zick-Zack-Kurs der US-Administration zu erklären, der in den Worten von US-Außenminister Kerry gipfelte:

»And the biggest proof of the fact that they are not planning to run things in Egypt is that the head of the military, the Minister of Defense, the Commander-in-Chief of the armed forces, is the First Deputy Prime Minister in the new government which was appointed yesterday. He's not the prime minister, he's not the president, he's not the ruler of Egypt. He is someone who came out saying, 'I am trying to implement a political roadmap that will lead to a constitutional process that will lead to a democratically-elected parliament and president.' And I think that we've got to give them the benefit of the doubt. They know best. And the military in Egypt has been the guarantor of peace and stability in many twists and turns in Egypt's contemporary history.«⁶²

Dennoch bleibt im Gegensatz zu 2011, als das Narrativ des revolutionären Umbruchs »von unten« durch das Volk dominant war, die Frage nach der innenpolitischen Logik dieser nun vorliegenden normativen Etikettierung der Militärintervention noch unbeantwortet. Hier greift wiederum das Interessenskalkül des Militärs als Machtzentrum der ägyptischen Politik. Eine Erosion der staatlichen Ordnung hätte final auch die Rolle des Militärs in Frage gestellt, sodass das Militär wiederholt eingriff und aus seiner Sicht eingreifen musste. Die populistische demokratische Flankierung dieser Intervention bekommt nur im Lichte von 2011 Erklärungskraft. Das Militär als angesehene Institution

- 61 Zur vermeintlichen Instrumentalisierung des Ansatzes vom demokratischen Putsch seitens der türkischen Regierung, vgl. Varol in einem Blog-Eintrag: »Regardless, many foreign nations, with the notable exception of Turkey, remain reluctant to label Morsi's ouster a 'coup'. The Turkish government, however, was quick to vocally condemn it. Prime Minister Erdogan lashed out at the Egyptian military and declared that 'there is no such thing as a democratic coup d'état.' Two Turkish commentators with ties to the Prime Minister then launched ad hominem attacks against me in government-nurtured newspapers, with no inquiry or analysis as to whether Morsi's ouster even fits within the democratic coup mold (it does not). One of the two commentators went as far as to suggest that Egypt's military generals followed the theory outlined in my article in deposing Morsi in order to legitimize their actions (if they did, they overlooked some major components).« (Ozan Varol, »Guest Post: Egypt's Non-Democratic Coup d'Etat« in: *Opinio Juris*, 15. Juli 2013 [Zugriff: <http://opiniojuris.org>]).
- 62 Pressekonferenz mit Außenminister Kerry, aaO. (FN 15).

im Lande, durchwoben von der Selbstwahrnehmung als Hüter der Nation und Geburshelfer der Republik in den 1950er Jahren, musste überrascht anerkennen, dass es 2011 mit Übernahme der Regierungsverantwortung rasch an Sympathien verlor. Überfordert von der plötzlichen politischen Verantwortung und institutionell bei weitem nicht vorbereitet⁶³ sowie dafür ausgebildet war das Ergebnis ein höchst widersprüchlicher Versuch, den Übergang zu managen. Diesen Ansehensverlust galt es auszugleichen, was den Austausch an der Spitze des Militärs ab August 2012 auch personell symbolisierte und beschleunigte. Ein Arrangement mit dem Präsidenten Mursi wäre möglich gewesen, wenn dieser *erstens* nicht einer autoritär-klientelistischen Politik zugunsten des eigenen politisch-religiösen Lagers verfallen wäre, *zweitens* sich nicht in Gefechten mit anderen staatlichen Institutionen aufgerieben hätte, *drittens* nicht so rasch an öffentlichen Zustimmungsraten verloren hätte sowie *viertens* und letztlich die Verweigerungshaltung des ägyptischen Polizei- und Sicherheitsapparats, den Direktiven aus dem Präsidentenpalast Folge zu leisten, aufbrechen hätte können.⁶⁴ Initiiert wurde dieser Regimewechsel durch das Militär über einen Putsch, den es normativ zu etikettieren galt, um der Selbstwahrnehmung des Militärs als überparteiliche Institution und selbstlosen Garanten und Hüter der Nation gerecht zu werden und Fehler aus dem Putsch von 2011 nicht zu wiederholen.

4. Fazit: zur Logik des Etikettenschwindels

Die staatliche Ordnung in Ägypten verfügte seit ihrer Gründung mit der Revolution von 1952 über eine eigene Legitimität, unabhängig des herrschenden Regimes (hier: das Mubarak-Regime) und auch unabhängig der Rolle des Militärs als Geburthelfer der Republik. Nur durch diesen strukturellen Umstand und die seit den 1970er Jahren vollzogene graduelle Entfernung von der politischen Kernelite im Präsidentenpalast konnte das Militär glaubwürdig die Allianz und die teilweise personelle Verwobenheit mit dem Mubarak-Regime – dessen Teil es bis zum Ende war – aufgeben und seinen eigenen politischen und ökonomischen Partikularinteressen Rechnung tragen, obwohl es selbst Teil der Herrschaftselite mit guten Zugängen zur Kernelite war.⁶⁵ Kollateralschaden war der Bruch mit dem Mubarak-Regime, der auf Seiten des Militärs in letzter Konsequenz hinnehmbar war, da es zuvorderst die Stabilität der geltenden staatlichen Ordnung zu sichern galt, für welche auch eine Überstellung des ehemaligen Präsidenten Mubarak an die Justiz in letzter Konsequenz akzeptabel war.

Das Militär – überrascht von der Eigendynamik der Proteste und ebenso von den zentrifugalen Kräften in der Herrschaftselite – sah sich plötzlich in einer politischen Verantwortung wieder, die man übernehmen musste, um über Art, Weise und Richtung der politischen Veränderung mitentscheiden zu können. Ein längerer Verbleib an der vordersten Front der Tagespolitik stand nie zur Debatte und so entsprach es auch einer

63 Albrecht, »Revolution oder Coup d’État?«, aaO. (FN 2), S. 74-76.

64 Aswat Masriya, »The real force behind Egypt’s ‘revolution of the state’«, aaO. (FN 57).

65 Demmelhuber, »Der Pharao, das Regime und der Staat«, aaO. (FN 37), S. 43-61.

gewissen Handlungslogik auf rasche Wahlen zu drängen. Das Militär hatte dabei zunächst keine Präferenzen zur Ausgestaltung der Herrschaftsform; auch eine demokratische Ordnung war nicht ausgeschlossen, sofern es dem Militär weiterhin eine mit Privilegien behaftete »Komfortzone«⁶⁶ zusicherte. Einzige Bedingung war, dass das neue Regime die Stabilität der geltenden Ordnung gewährleisten und sich nicht in Belange des Militärs einmischen würde. Vor diesem Hintergrund intervenierte das Militär am 3. Juli 2013 erneut, denn obige Kernbedingungen waren mit dem zunehmend selbstbewusst in militärische Angelegenheiten hineinregierenden Präsidenten Mursi aus dem religiösen Lager, mit einer erodierenden öffentlichen Ordnung sowie aufflammenden Massenprotesten gefährdet. Und so stellte das Militär mit der Absetzung von Mursi die Uhr wieder auf die ›Stunde Null nach Mubarak‹. Dieses Mal, getragen von öffentlicher Euphorie und hohen Zustimmungsquoten sowie als Lehre aus der ersten Interventionsperiode, hält sich das Militär bis dato – zum Zeitpunkt der Niederschrift dieses Beitrags – von der aktuellen Tagespolitik zurück, solange die Kernbedingungen aus Sicht des Militärs gegeben sind.

Dieses Verhalten – um auf die Ausgangsfrage zurückzukommen – in der Selbstbeschreibung der Beteiligten als demokratischen Coup zu bezeichnen, trifft weder im ersten (2011) noch im zweiten (2013) Fall passgenau auf die Empirie zu, denn das Militär war zuvorderst bemüht, eigenen Partikularinteressen Rechnung zu tragen und schuf ferner mitnichten einen Raum für eine Demokratisierung und eine Entfaltung demokratischer Kräfte. Auch bei Anwendung des Ansatzes von Varol und der Frage nach einer möglichen normativen Etikettierung von einem oder beiden Putschen ergeben sich zahlreiche Probleme, *erstens* durch konzeptionelle Fallstricke im Indikatoren-Katalog eines demokratischen Putsches und *zweitens* durch nicht gegebene, erfüllte Indikatoren nach Varol. Neben einer unpräzisen und akteurszentrierten Regime-Begrifflichkeit, die im ägyptischen Fall durch die Empirie quasi ausgehebelt wird, und weiterer diskutierter Probleme, steht über allem, dass Varol sich dabei von einer Minimaldefinition von Demokratie leiten lässt, die derart wenig über die Qualität des erreichten demokratischen Institutionengefüges aussagt, dass aus analytischer Sicht die Etikettierung der Coups in Ägypten als demokratisch ein Oxymoron bleibt und normativ zu wenig Aussagekraft über Art, Weise und Richtung der politischen Veränderung hat.

Zusammenfassung

Ägypten durchläuft seit den erfolgreichen Massenprotesten gegen das Mubarak-Regime im Jahre 2011 eine komplexe herrschafts- und gesellschaftspolitische Transformation. Wie bereits 2011 intervenierte im Juli 2013 das Militär und stürzte den demokratisch gewählten Präsidenten Mursi. Das Militär und die Protestbewegung bezeichneten indes die jüngste Intervention als alternativloses demokratisches Eingreifen zum Wohle des ägyptischen Volkes, um den 2011 eingeschlagenen Demokratisierungsprozess zu schützen. Aber kann ein Putsch demokratisch sein? In der Literatur findet sich in der Tat ein Ansatz zum demokratischen Putsch, welcher normative Aussagen über den potenziell

66 Albrecht, / Bishara, »Back on Horseback«, aaO. (FN 2), S. 17.

demokratischen Prozesscharakter des Putsches bietet (›democratic coup d'état‹ nach Ozan O. Varol). Ziel des vorliegenden Beitrags ist *erstens* eine kritische Reflexion dieses Ansatzes und *zweitens* eine Untersuchung der beiden Interventionen des ägyptischen Militärs durch die analytische Linse des demokratischen Coups nach Varol.

Summary

Since the successful mass protests against the Mubarak regime in 2011, Egypt has been going through a complex political and social transformation process. Meanwhile, in July 2013, the Egyptian military intervened once again and toppled the democratically elected President Mursi. The military itself but also the anti-Mursi protesters in the streets termed this intervention as democratic for the sake of the Egyptian people and stressed that it was launched by the articulated popular will. But can a coup d'état be democratic at all? Indeed, relevant literature offers concepts that try to merge military interventions with normative assumptions about the coup's potential democratic character (›democratic coup d'état‹ by Ozan O. Varol). Hence, this contribution aims *first* at reflecting critically on the concept of the democratic coup and *second* at using and testing the concept for both interventions of the Egyptian military in 2011 and 2013.

Thomas Demmelhuber, When is a coup d'état democratic? Double standards of normative labelling in Egypt